



SO NICHT

STOPPT DAS KINDERBILDUNGSGESETZ (KIBIZ)

**Vorbereitung des Pressegesprächs
am 15.9.2007, 13.15 Uhr, Düsseldorf
Haroldstr.1/Apollo Platz 1 – unter der Rheinkniebrücke**

Mit der Pressekonferenz soll auf die zentrale Kritik an dem Vorhaben der Landesregierung eingegangen werden, die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege durch das Kinderbildungsgesetz neu regeln zu wollen!

**SO NICHT – Erzieherinnen, Eltern und Verbände
kritisieren den Regierungsentwurf
und
unterstützen den Protest gegen das Kinderbildungsgesetz**

Mit der Demonstration werden 2 Ziele verbunden:

- 1. Gut gemeint ist nicht gut gemacht!**
Zentrale Unzulänglichkeiten des Regelungsvorhabens, gegen die sich der Protest aus allen Bereichen richtet, sollen deutlich werden.
Es ist auch nicht ausreichend, einzelne Bestandteile des Gesetzentwurfes neu regeln zu wollen. Da die Basis für nicht stimmt, ist unter Beteiligung auch von Eltern und Erzieherinnen eine Neufassung zu erarbeiten.
- 2. Für das KiBiz gibt es keinen gesellschaftlichen Konsens!**
Mit der Teilnahme von bis zu 10.000 Teilnehmenden und der Übergabe von mehr als 100.000 Unterschriften wird in der Veranstaltung überdeutlich, dass die Landesregierung und die Regierungskoalition keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat.
Die breite Kritik an dem Gesetzesvorhaben, die am 28./29.8. bei der parlamentarischen Landtagsanhörung überdeutlich war, wird heute mit der Demonstration einen öffentlichen Ausdruck finden.
SO NICHT – wird die Landesregierung hören und die Mitglieder des Landtags werden aufgefordert, diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Kontaktanschrift:

Aktionsbündnis SO NICHT
Internationale Vereinigung der Waldorfkinderergärten
Mergelteichstraße 59 – 44225 Dortmund
Telefon: 0231/9761570 – Telefax: 0231/9761580 – Email: inter.waldorf.nwr@t-online.de
www.waldorfkinderergarten-nrw.de
Gerhard Stranz

Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner für das Aktionsbündnis

Berthold Paschert

GEW-NRW – Moderation

Martina Peil

ver.di-Landesbezirk NRW – für Beschäftigte

Jürgen Herzog

Vorsitzender des Landeselternrates für Tageseinrichtungen für Kinder – für Eltern

Dieter Greese

Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband NRW – für Kinder

Gerhard Stranz

Geschäftsführer der Waldorfkindergartenvereinigung – Koordinator – für die Veranstaltungsgemeinschaft

Thematische Schwerpunkte:

1. Träger der Aktion: Wer verbindet sich mit den Anliegen?
 2. Zu den Anliegen: Um was geht es?
 3. Die Kritik am Regierungsentwurf: Welche Unzulänglichkeiten und Folgen sind Anstoß für die Kritik?
 4. Die Protestwelle erreicht Düsseldorf
 5. Zentrale - zitierfähige - Aussagen der Sprecherinnen und des Sprechers
- Anlagen: Materialien

Zu 1.: Träger der Aktion: Wer verbindet sich mit den Anliegen?

Das Forum Förderung von Kindern arbeitet seit mehr als 10 Jahren zusammen. Es stellt die Bedarfslage von Kindern in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Dieses Anliegen ermöglicht ein Zusammenwirken aller Gewerkschaften, aller Kinder-, Jugend-, Eltern- und Familienverbände, sowie der Berufsverbände aller Erzieherinnen in Nordrhein-Westfalen. An konkreten Aktionen beteiligen darüber hinaus punktuell weitere Interessierte.

Aus der Zusammenarbeit ist auch im Jahr 2006 die Volksinitiative „NRW 2006“ entstanden, die im Doppelpack mit der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“, rd. 600.000 gültige Unterschriften gegen die Kürzungen im Landeshaushalt 2006 gesammelt hatte.

Die Demonstration wird getragen von:

Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederrhein
 AK KiBiz Dormagen
 BVKJ - Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte
 BVKJ e.V.
 Bundesverband evangelischer Erzieherinnen und
 Sozialpädagoginnen e.V., Landesgruppe Nordrhein-
 Westfalen
 DKSB – Deutscher Kinderschutzbund, LV NRW e.V.
 Eltern helfen Eltern e.V.
 Elterninitiativen im Paritätischen
 Elternnetzwerk Bochum
 EAF - Evangelische Aktionsgemeinschaft für Famili-
 enfragen, Rheinland
 EAF - Evangelische Aktionsgemeinschaft für Famili-
 enfragen / Landesarbeitskreis Westfalen-Lippe
 Familienbund der Katholiken Landesverband NRW
 GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft -
 Landesverband NRW
 Internationale Vereinigung der Waldorfkindergärten
 e.V. Region NRW

KEG - Katholische Erziehergemeinschaft Landesver-
 band Nordrhein-Westfalen
 KEKS - Kölner Eltern- und Kinderselbsthilfe e.V.
 Kitas im Paritätischen
 komba gewerkschaft - nordrhein-westfalen
 LER - Landeselternrat für Kindertageseinrichtungen
 in Nordrhein-Westfalen e.V., Stadtelternrat Düsseldorf
 u.a.
 Landesverband der Mütterzentren NRW
 PEV - Progressiver Eltern- und Erzieherverband NW
 e.V.
 Stadtelternrat Lüdenscheid
 ver.di - Landesbezirk NRW
 VAMV, Verband alleinerziehender Mütter und Väter
 LV NRW e.V.
 VBE - Verband Bildung und Erziehung, NRW
 vbm - Verband berufstätiger Mütter e.V., Landesver-
 band NRW
 ZKD - Zentralverband der MitarbeiterInnen in Ein-
 richtungen der kath. Kirche in Deutschland e.V., LV
 Erzieherinnen

Zu 2.: Zu den Anliegen: Um was geht es?

- Der Regierungsentwurf des Kinderbildungsgesetzes führt noch nicht zu der notwendigen Verbesserung der Lebenslagen von Kindern.
- Der Entwurf erweckt, wie andere Veränderungen auch, den Eindruck von positiven Wirkungen. Er hält weder, was er verspricht, noch ist er überhaupt eine geeignete Grundlage für tatsächliche Verbesserungen.
- Die Landesregierung täuscht über die tatsächlichen Intentionen des Gesetzes hinweg oder täuscht sich selbst. (Beispiel: Darstellung der Haushaltsentwicklung)
- Die vorgesehenen Regelungen basieren auf unzutreffenden und auch falschen Grundannahmen, die auf den ersten Blick nicht erkennbar sind. Sie entlasten das Land und führen zu Belastungen bei Eltern, Mitarbeiterinnen, Trägern und Kommunen.
- Die Signale aus der FDP machen deutlich, dass die vielfache Kritik angekommen ist. Ziel einer Veränderung muss es aber bleiben, dass tatsächliche Verbesserungen für Kinder zustande kommen. Da die Grundlagen des Regierungsentwurfs nicht angemessen sind, kann auch eine "**gründliche Überarbeitung**" aus einem schlechten Entwurf kein gutes Gesetz machen. Und: Eine "gründliche Überarbeitung" kann umfassend doch gar nicht in dem bisher vorgesehene Zeitkorsett bis zum 18.10. erfolgen! Daher bleibt die Forderung nach dem STOPP des Entwurfs notwendig!

Zu 3.: Die Kritik am Regierungsentwurf: Welche Unzulänglichkeiten und Folgen sind Anstoß für die Kritik?

Es erfolgt eine Konzentration auf 4 Schwerpunkte:

- a) **Personelle Situation als Grundlage für die Qualität der Arbeitsbedingungen**
Schafft oder vernichtet das Kinderbildungsgesetz Arbeitsplätze?
Werden die Arbeitsbedingungen verbessert, so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht?
Entsprechen die Rahmenbedingungen den veränderten Aufgabenstellungen?
- b) **Situation der Eltern**
Wie verändern sich die finanziellen Belastungen für Eltern?
Wird der Zugang zu dem Bildungsangebot im Elementarbereich erleichtert und stehen die Angebote auch verlässlich zur Verfügung?
Werden die Anliegen von Eltern bei der Ausgestaltung der Angebote durch die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine Erziehungspartnerschaft durch Elternmitwirkung gesichert?
Werden Elternanliegen auch grundsätzlich organisatorisch gebündelt?
- c) **Ziele des Regierungsentwurfs**
Welche erklärten Ziele verfolgt der Regierungsentwurf und welche tatsächlichen Ziele werden tatsächlich unterstützt?
Geht der Regierungsentwurf von den zutreffenden pädagogischen Grundlagen für die Ausgestaltung der Arbeit im Elementarbereich des Bildungswesens aus?
Handelt es sich um Regelungen, die den Bedarf von Kindern in den Mittelpunkt stellen oder lediglich um ein Finanzierungsgesetz?
- d) **Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau**
Können die Regelungen des Gesetzes heute überhaupt bewertet werden, da unbestimmte Rechtsbegriffe überhaupt noch nicht definiert sind?
Wieso sollen mit der Neuregelung Prinzipien der Kommunalisierung und Pauschalierung übernommen werden, deren negative Wirkungen dokumentiert sind?
Obschon die Regelungen zu Vereinfachungen führen, sind die Bürokratiekostenfolgen nicht erfasst und erkennbare Mehrbelastungen und Risiken auf Eltern, Mitarbeiterinnen, Träger und Kommunen verlagert worden.
Das gesamte Gebäude des Regierungsentwurfs basiert auf unzutreffenden Daten, deren negative Wirkung erst in der Anwendung erkennbar werden.

Zu den Widersprüchlichkeiten des Regierungsentwurfs:

Es werden für Tatbestände unterschiedliche Begriffe verwendet werden, die zu erheblichen Konsequenzen führen, z.B. Gleichsetzung von Betreuungszeit und Öffnungszeit.

Die Widersprüchlichkeit ergibt sich z.B. auch bei den Ansätzen für die Pauschalen:

Wieso wird für ein gleichaltriges Kind, dass in verschiedenen Gruppen über die gleiche Zeit begleitet wird, ein unterschiedlicher Pauschal-Betrag angesetzt in der Verfahrensverordnung jedoch vorgesehen, dass zunächst immer der „billigste“ Pauschalsatz gelten soll?

Beispiele:

- 2-jähriges Kind, Betreuungszeit 35 Wochenstunden
5.747 € - 11.863 € oder bei Behinderung 14.787,50 €
- 2-jähriges Kind, Betreuungszeit 45 Wochenstunden
7.370 € - 15.215 € oder bei Behinderung 14.787,50 €
- 3-jähriges Kind, Betreuungszeit 35 Wochenstunden
5.747 € - 4.225 € oder bei Behinderung 14.787,50 €
- 3-jähriges Kind, Betreuungszeit 45 Wochenstunden
7.370 € - 6.772 € oder bei Behinderung 14.787,50 €

Zu 4.: Die Protestwelle erreicht Düsseldorf

- Etappen des bisherigen Protestes sind u.a. auf der Internetseite: „weil-kinder-zukunft-sind.de“ dokumentiert.
- Mit dem Aktionstag am 6.9.2007, bei dem mind. 3.000 Einrichtungen geschlossen und mehr als 400.000 Eltern beteiligt waren, wurde in NRW bereits ein einmaliges Auftreten für bessere Bedingungen erreicht. Dieses Eintreten für Qualität hat eine politische Bedeutung erlangt, die nicht mehr rückholbar ist und zukünftig immer politisch bedacht werden muss.
- Vielfältige Einzelveranstaltungen in NRW haben die deutlich gemacht, dass es sich um einen Flächenbrand handelt, den die Landesregierung mit diesem schlechten Gesetzentwurf entzündet und mit immer weiteren „Beschönigungen“ und „Durchhalteparolen“ selbst schürt.
- Über diese Aktivitäten ist eine neue Bürgerinnenbewegung in NRW entstanden, die auch bei der Volksinitiative des Jahres 2006 noch nicht so deutlich war. Menschen haben Verantwortlichkeiten wahrgenommen und, trotz persönlicher Verunglimpfungen und dienstlicher Anweisungen von ihren bürgerlichen Rechten Gebrauch gemacht. Ihren Protest drücken auch Beteiligte aus konfessionellen und kommunalen Einrichtungen aus. So hat sich die Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Niederrhein, ausdrücklich dem Aktionskreis angeschlossen.

Zur Demonstration:

- Es werden bis zu 10.000 Teilnehmende erwartet.
- Mehr als 100 Busse haben sich angesagt.
- Beteiligte an der Demonstration werden mit dem ver.di-Demonstrationszug vom Hauptbahnhof ankommen.
- Für Kinder sind 3 Spielmobile vorhanden, damit sie nicht im Trubel der Veranstaltung belastet werden, da der Streit um die Förderbedingungen für Kinder zwischen den Erwachsenen ausgehandelt werden muss.
- Versorgungseinheiten sind vorhanden: Erste Hilfe durch den ASB, Getränkestand, 17 mobile Toiletten
- Die Veranstaltung wird aktiv von 60 Menschen getragen.

Zu 5.: Zentrale - zitierfähige - Aussagen der Sprecherin und der Sprecher

Martina Peil

ver.di-Landesbezirk NRW – für Beschäftigte

- Kinder brauchen motivierte Erzieherinnen, die eine gute Ausbildung haben und sich "auf dem Laufenden halten" dürfen.
- Doch nicht nur das Lächeln der Kinder motiviert, sondern ErzieherInnen brauchen zur Motivation auch feste Arbeitsplätze, ein existenzsicherndes, leistungsgerechtes Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf, verlässliche Arbeitsbedingungen und

ein gutes Team, vor dem Hintergrund zu bewältigender Aufgaben und zwar während der regulären Arbeitszeit:

- Erzieherinnen brauchen eben gute Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen!
- All dies liefert das KiBiz nicht.

Jürgen Herzog

Vorsitzender des Landeselternrates für Tageseinrichtungen für Kinder – für Eltern

Dieter Greese

Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband NRW – für Kinder

Gerhard Stranz

Geschäftsführer der Waldorfkindergartenvereinigung – Koordinator – für die Veranstaltungsgemeinschaft

- Das Gesetz ist eine Mogelpackung. Es gibt Ziele vor, für die nicht die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.
- Das Gesetz stellt nicht den Bedarf von Kindern in den Mittelpunkt. Als Finanzierungsgesetz dient es der Haushaltskonsolidierung, verlagert Finanzierungsrisiken auf Träger und Kommunen. Mit ihm wird Bildungspolitik nach Kassenlage gemacht. Es werden nur Leuchtturm-Projekte herausgestellt, jedoch unzureichend ausgestattet und diese als zukunftsweisend bezeichnet, weil andere nicht als finanzierbar angesehen werden.
- Das Gesetz verschlechtert die Förderungsbedingungen für Kinder, in dem es zu unsicheren Arbeitsverhältnissen beiträgt und damit die notwendige Verlässlichkeit der Förderung von Kindern aufgibt.
- Da das Fundament für das Gesetz auf falschen Grundannahmen und fachlich unzutreffenden Grundlagen beruht, kann es nicht verbessert werden. Es muss in einem echten Konsensverfahren neu erarbeitet werden. Dies bedeutete aber nicht Stillstand in NRW: Durch Ergänzungen des GTK können die als notwendig angesehenen Anpassungen durchaus auch vorgenommen werden.
- Egal wie welche Konsequenz der Landtag aus dem Protest zieht, die Politik muss zukünftig mehr denn je damit rechnen, dass sie nicht mehr alles mit den Menschen in NRW machen kann. Ich hoffe, dass ein solch schlechtes Gesetz nicht mehr vorgelegt wird.

Anlagen:

- Aktualisierte Ablaufplanung mit Erläuterungen zu den Rednerinnen/Rednern
- Statements
- Demonstrationsmaterialien

Ablaufplanung:

Uhrzeit	<i>(ungefähre Orientierung)</i>		Zusammenhang
13.55	Begrüßungslied		
14.00	Begrüßung	Beate Heeg	Eltern helfen Eltern, Münster
14.05	Eröffnungslied	Duo Liangel (Angelika Vielmetter, Liliana Franco)	Erzieherinnen
14.10	Beitrag	Jörg Thomas Alvermann	Vorstandsmitglied einer Düsseldorfer Elterninitiative
14.15	Beitrag	Paul Saatkamp	Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederrhein
14.20	Lied	Duo Liangel	
14.25	Beiträge aus konfessionellen Berufsverbänden	Marianne Buhl Sabine Pierog Helga Tillmann	Vorsitzende der KEG – Katholische Erzieher Gemeinschaft Vorsitzender der e&s – Evangelischer Erzieherverband Vorsitzendes des ZKD – Zentralverband kath. Erzieherinnen
14.40	Sketch der „Spinner vom Dienst“: Stroh zu Gold	Mitarbeiterinnen der Spielkiste Rheda-Wiedenbrück	Mitarbeiterinnen einer Tageseinrichtung aus Rheda-Wiedenbrück
15.00	Beitrag zur Unterschriftensammlung	Jürgen Herzog	Vorsitzender des Landeselternrates Tageseinrichtungen für Kinder
15.05	Übergabe der Unterschriften an den Vizepräsidenten des Landtags, Herrn Edgar Moron		
15.10	evtl. Rede zur Annahme der Unterschriften	Edgar Moron, MdL	Landtagsvizepräsident
15.15	Lied		
15.20	Beiträge für Gewerkschaften	Sabine Uhlenkott Norbert Müller Jutta Endrusch Sandra von Heemskerck	Erzieherin, Fachgruppensprechungen des ver.di Landesbezirks stellver. Vorsitzender der GEW-NRW stellver. Vorsitzende des VBE-NRW Erzieherin, Fachgruppensprecherin der kombi-Gewerkschaft
15.40	Lied	Duo Liangel (Angelika Vielmetter, Liliana Franco)	
15.45	Abschlussdank	Beate Heeg	
15.50	Perspektiven	Gerhard Stranz	Geschäftsführer der Waldorfkindergartenvereinigung, Koordinator des Aktionsbündnisses
15.55	Sketch	Marina Wacker	
16.00	Ende der Demonstration		

Jörg Thomas Alvermann

Mitglied des Aktionsbündnisses Düsseldorfer Elterninitiativen
(Statement soll folgen)

Paul Saatkamp

Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverbandes Niederrhein e.V.
(Statement soll folgen)

Marianne Buhl

KEG - Katholische Erziehergemeinschaft

(Großer Karton mit Aufschrift Mogelpackung KIBIZ)

Aus der großen Mogelpackung KIBIZ habe ich drei Mogelpunkte herausgegriffen

kleines Päckchen aus der großen Kiste holen

Mogelpunkt 1 Sprachförderung

- wer diesen Regierungsentwurf ohne Kenntnis der pädagogischen Arbeit in einer Tageseinrichtung liest, muss glauben, dass Sprachförderung erstmalig mit KIBIZ Einzug in unseren Einrichtungen erhält.
- Sprache hat mit Zuwendung zu tun. Ausreichende - auch sprachliche - Zuwendung kann ich aber nur geben, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Anzahl der Kinder in der Gruppe.
- wie intensiv die sprachliche Zuwendung im Zuge der immer engeren personellen Grenzen bei gleichzeitiger größerer Altersmischung im Rahmen des KIBIZ - dem angeblich modernsten Kindergartengesetz Europas - sein kann, das bleibt künftig dahingestellt.
- wenn diese Landesregierung erwartet, dass alle Kinder sprachlich so gefördert werden, dass sie bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen, dann darf sie nicht im Gegenzug die Rahmenbedingungen, z. B. die Vor- und Nachbereitungszeit der Erzieherinnen kürzen.

kleines Päckchen aus der großen Kiste holen

Mogelpunkt 2 Vor- und Nachbereitung

- Wenn von Erzieherinnen gefordert wird, die individuelle Entwicklung des Kindes zu beobachten, zu fördern und zu dokumentieren und „so ganz nebenbei“, die Zusammenarbeit mit Schule, Vernetzung im Sozialraum bis hin zum Familienzentrum zu leisten - ist dies mit einem Zeitbudget von 10%, das sind bei 25 Stundenbetreuungszeit gerade einmal 2,5 Stunden nicht möglich.
- Geradezu zynisch liest sich im Argumentationspapier der FDP zum KIBIZ unter dem Punkt Kürzung der Verfügungszeit, ich zitiere „... ein Großteil der Arbeiten für die die Verfügungszeit vorgesehen ist - nämlich Kontakte zu externen Beratungsstellen wird von den neu hinzukommenden Familienzentren übernommen Im Übrigen haben andere SPD regierte Bundesländer - z. B. Berlin - keinerlei Verfügungszeiten festgelegt.“ Ende des Zitates
- in immer weniger Zeit, sollen Erzieherinnen immer mehr leisten - diese Rechnung geht nicht auf
- Mache ein Finanzierungsgesetz und nenne es Bildungsgesetz, dies scheint die Leitlinie dieses Gesetzentwurfes zu sein

kleines Päckchen aus der großen Kiste holen

Mogelpunkt 3

- Mit dem im GTK festgeschriebenen eigenständigen Bildungsauftrag und der Bildungsvereinbarung aus dem Jahr 2003 haben Tageseinrichtungen in NRW eine gute Grundlage für die Inhalte ihrer pädagogischen Arbeit.
- Mit der Bildungsvereinbarung verknüpft ist die Bildungsdokumentation. Diese Bildungsdokumentation ist ein wichtiges Instrument für die individuelle Förderung von Kindern.
- Genau wie Sprachförderung ist auch die Bildungsdokumentation nicht zum Nulltarif zu haben. 6-8 Stunden pro Kind und Jahr brauche ich als Erzieherin um diese Dokumentation zu erstellen und sie bei Entlassung des Kindes aus dem Kindergarten in schriftlicher Form an die Eltern weiterzugeben. Dazu kommt noch das Elterngespräch mit der dazugehörenden Vor- und Nachbereitung, dies schlägt noch einmal mit einer Stunde pro Kind und Jahr zu Buche.
- Beim Gespräch mit einer Landtagsabgeordneten habe ich den Punkt Bildungsdokumentation angesprochen und eine Dokumentation vorgestellt. Eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, die auch bei diesem Gespräch dabei war, meinte: „Ja muss es denn so ausführlich sein?“ - Da drängt sich die Frage auf „Bildungsdokumentation ja - darf es auch ein bisschen weniger sein?“ Was will die Landesregierung? Bildung ja - aber ein bisschen weniger reicht auch?“

Wenn diese Landesregierung dem Anspruch - das modernste Kindergartengesetz Europas - zu schaffen gerecht werden will, dann muss sie diesen Gesetzentwurf zurücknehmen und erst einmal ihre Hausaufgaben machen. Sie wäre dabei gut beraten, auch intensiv die Frauen zu hören, die jeden Tag in unseren Einrichtungen ihre Arbeit oft an der Grenze der noch zu verkraftenden Belastung tun.

Ein Finanzierungsgesetz zu machen und es als Bildungsgesetz zu verkaufen - diese Mogelpackung haben Kinder, Eltern und Erzieherinnen in diesem Land wahrlich nicht verdient.

Sabine Pierog

(Statement soll folgen)

Helga Tillmann

Statement des Landesverbandes der Erzieherinnen im ZKD (Zentralverband der MitarbeiterInnen in Einrichtungen der kath. Kirche Deutschlands e.V.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Eltern, sehr geehrte Damen und Herrn des Landtages,

seit Einführung des Rechtsanspruches für alle Kinder ab drei Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen drastisch verschlechtert.

1996 wurden die Gruppen auf bis zu 30 Kinder statt 25 aufgestockt, dementsprechend mussten die Nebenräume mit einbezogen werden, die eigentlich für konzentrierte Arbeit mit einer Kleingruppe angedacht waren.

1998 - unter einer Rot-Grünen Regierung - wurden 440 Millionen Mark eingespart. 170 Millionen bei den Sachkosten, 270 Millionen bei den Personalkosten. Das führte dazu, dass ca. 4000 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Bei den Fortbildungen wurde gespart, es gab keine Vertretungskräfte bei Krankheit oder Urlaub. Die Verordnung über Raumgrößen wurde aufgehoben.

1999 – im Rahmen von Erprobungsmaßnahmen wurden die Einrichtungen für Schulkinder in Kindergartengruppen geöffnet, es konnten zweijährige in Kindergartengruppen betreut werden, die Öffnungszeiten wurden verlängert und das alles natürlich kostenneutral – die Einrichtungen erhielten kein zusätzliches Personal, stattdessen Personalbudgetierung.

2001 - Die Budgetvereinbarung wird in Kraft gesetzt, die Ergebnisse der Erprobung nicht abgewartet, 5 Kinder unter drei Jahren können in einer Regelgruppe betreut werden, es gibt kein zusätzliches Personal, kein Geld für die Raumausstattung.

2004/2005 – 125 Millionen € werden durch Reduzierung der Sachkosten eingespart.

2006 – Familienzentren werden ins Leben gerufen, dafür gibt es 12000 € im Jahr bei gleichzeitiger personeller Kürzung, z.B. durch Absenkung der Leitungsstunden.

Und nun versucht Herr Minister Laschet, uns ein KiBiz zu verordnen, das zu mehr Bildung und Förderung führen soll, letztendlich aber lediglich auf eine (gute) Verwahrung abstellt, wenn es so umgesetzt wird.

Es ist nicht wahr, dass es mehr Geld und mehr Personal für die Tageseinrichtungen geben wird. Die zur Verfügung stehenden 569 Mill. € gleichen nicht einmal die Kürzungen der vergangenen drei Jahre aus und nun sollen damit auch noch die Tagespflege, die Sprachförderung, die Familienzentren und die Absenkung des Trägeranteils für die Kirchen finanziert werden.

Wie kann es mehr Bildung und Förderung geben, wenn gleichzeitig das Personal nach Buchungszeiten der Eltern eingestellt wird. Wird über das KiBiz die Saisonarbeit für Erzieherinnen eingeläutet?

Was geschieht mit älteren, erfahrenen ErzieherInnen? Müssen die gehen, weil sie zu teuer sind?

Wie ist Familienplanung möglich, wenn nicht klar ist, ob der Arbeitsplatz noch sicher ist oder jedes Jahr neu entschieden wird ob es überhaupt noch einen Arbeitsplatz gibt und

wenn ja, mit welchem Stundenumfang? Oder geht man davon aus, dass ArbeitnehmerInnen in Tageseinrichtungen selbstlos auf Kinder und Familie verzichten?

Mich würde einmal interessieren, was unsere Bundesministerin Frau von der Leyen zu den Plänen der Landesregierung sagt.

Unser Landesverband sagt „NEIN“ zu diesem Gesetz. Dieses Gesetz stellt nicht ab auf das Wohl des Kindes, stellt nicht ab auf die Stärkung der pädagogischen und personellen Qualität in den Tageseinrichtungen, es orientiert sich an finanziellen Rahmenbedingungen.

Wir fordern die Landesregierung und Opposition auf, dieses Gesetz zu stoppen.

Jürgen Herzog

Vorsitzender des Landeselternrates Tageseinrichtungen für Kinder

Begleitende Worte zur Übergabe der Unterschriften

Vor der Übergabe der Unterschriften möchte ich einige Anmerkungen vortragen und mit einem Zitat von Janusz Korczak beginnen:

„Die Kinder schulden uns keine Dankbarkeit dafür, dass wir sie erziehen! Vielmehr haben wir ihnen dankbar zu sein, dass sie sich uns anvertrauen und unser Leben mit Licht erfüllen.“

Die Kinder und deren Wohl sind der Mittelpunkt, den wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Ihr „sich anvertrauen“ sollte für alle Entscheidungsträger Verpflichtung sein, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Kinder in Tageseinrichtungen „am Leben lernen“ können.

Schon seit langer Zeit wird über den Weg wie das Ziel, für Kinder gute Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, erreichen werden kann, debattiert. Der jetzt eingeschlagene Weg, mit einer Konsensvereinbarung, einer Hochglanzbroschüre für einen Gesetzentwurf, einem Schreiben an die pädagogischen Kräfte, stellt hierbei eine neue Dimension dar.

Verschiedenheit ist ein Bestandteil unseres Lebens und daher ist es „normal“, andere Wertvorstellungen, andere Maßstäbe, andere Wünsche und Vorstellungen zu haben. Scheinbar haben manche Politiker dies bei der bisherigen Diskussion vergessen und denen, die nicht ihrer Meinung sind, werden unlautere Absichten unterstellt.

Mit dem Gesetzentwurf hat die derzeitige Landesregierung ihre Vorstellungen vorgestellt. Ob diese im Konsens mit den Trägervertretern formuliert worden sind oder nicht, brauchen Kinder, Eltern und Erziehungsberechtigte nicht zu bewerten.

Eltern und diejenigen, die diese bei ihrem Erziehungsauftrag unterstützen, wie Erzieherinnen, Erziehern und Familienverbänden, hat man nicht in die Gespräche einbezogen. Daher ist es legitim, wenn diese Gruppe ihre Vorstellungen, Maßstäbe und Wünsche auf andere Art und Weise formulieren.

Hierfür wurden die Mittel der Demonstration **hier** und vorher in zahlreichen anderen Kommunen, sowie das von Unterschriftsaktionen benutzt.

Unterschriftensammlungen sind ein politische Mittel, um auf Missstände aufmerksam zu machen, die nach Auffassung der Sammelnden und Unterzeichnenden von regierenden Politikern oder anderen Entscheidungsträgern nicht ausreichend wahrgenommen werden.

Die Unterschriftenaktion „SO NICHT – STOPPT DAS KINDERBILDUNGSGESETZ (KiBiz) haben bisher mehr als 80.000 Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet und damit die mit den Unterschriftenlisten formulierten Forderungen ausdrücklich unterstützt. Die Listen stammen aus Orten von Aachen - bis Bielefeld und von Gronau bis Siegen, kurz aus ganz Nordrhein-Westfalen. Dahinter stehen Menschen aus konfessionell und kommunal Einrichtungen, Elterninitiativen sowie Tageseinrichtungen anderer Träger. Die Unterzeichnenden sind Eltern, Großeltern sowie politisch Verantwortliche.

Die geleisteten Unterschriften machen eindrucksvoll **klar**, dass es für den Gesetzentwurf in NRW **keinen** gesellschaftlichen Konsens gibt!

Wenn Minister Laschet sagt, es sind nur Einzelstimmen, die sich gegen den Gesetzentwurf wenden, dann wird **hier und heute** deutlich, dass dies **viele** Einzelstimmen sind. Wir, die Unterzeichnenden, meinen: Die Ziele, die die Landesregierung mit dem geplanten Kinderbildungsgesetz verfolgt, können so nicht erreicht werden. Im Gegenteil wird die Qualität der pädagogischen Arbeit aufgrund der Rahmenbedingungen eher abnehmen. Dafür werden die Eltern dann nicht nur höhere Beiträge zahlen müssen, sondern auch eine Einschränkung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten hinnehmen müssen.

Das ist für uns nicht akzeptabel!

Dieses "außerparlamentarische" Votum sollte von den Landtags-abgeordneten und der Landesregierung **auch** und spätestens jetzt wahrgenommen werden.

Sehr geehrter Herr Moron, ich bitte Sie, als den stellvertretenden Landtagspräsidenten, dieses Votum den Mitgliedern des Landtages zur Kenntnis zu geben.

Mehr als 80.000 mir zugesandte Unterschriften und weitere, die uns heute noch übergeben wurden und die eventuell noch folgen, sollten als eindeutiges Signal zur Kenntnis genommen werden:

STOPPT den Gesetzentwurf des Kinderbildungsgesetzes!

Weitere ca. 3000 Unterschriften mit vergleichbaren Forderungen wurden durch eine Initiative der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Köln und weiteren lokalen Aktionen gesammelt. Auch diese übergebe ich Ihnen bei dieser Gelegenheit.

Gerne hätte ich die Unterschriften auch direkt der Landesregierung übergeben, die vielleicht diese eindrucksvolle Meinungsäußerung als Aufforderung gesehen hätte, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. Leider hatte kein Mitglied der Landesregierung eine Gelegenheit zur Teilnahme, daher erfolgt die Übergabe hier und heute öffentlich!

Herr Moron, ich bedanke mich für ihre Erscheinen und würde mich freuen, wenn Sie den hier Anwesenden kurz darlegen könnten, wie dieses Votum an den Landtag weitergeleitet wird und welche Rückmeldung das Aktionsbündnis erhält, damit es die Unterzeichnenden informieren kann.

Vor der Übergabe, möchte ich mit einem Zitat enden und damit auf den Mittelpunkt zurückkommen, um die es hier im Wesentlichen geht.

Dante schrieb:

Drei Dinge sind uns aus dem Paradies geblieben:

**Sterne, Blumen und
K i n d e r**

Sabine Uhlenkott

(Erzieherin, freigestelltes Personalratsmitglied Stadtverwaltung Herne)

Vorsitzende der ver.di Landesfachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe und der Fachkommission Kindertageseinrichtungen im Fachbereich Gemeinden

Redebeitrag zur Kundgebung „SO NICHT, stoppt das KiBiz“ am 15. September 2007
(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
Eltern und Kinder,
verehrte Gäste und PolitikerInnen,

das KiBiz kann nur ein Witz sein!

- Wer in das Vorblatt zum Gesetzesentwurf schreibt, dass die Bildungs- und Erziehungsarbeit präzisiert und gestärkt werden, und dann im § 13 nur allgemeine Aussagen zum Auftrag der Kitas macht, der kann den § 2 im GTK nicht kennen!
- Wer behauptet mit dem KiBiz würde es möglich, dass jedes Kind bis zum Schuleintritt die deutsche Sprache beherrscht und dann nach unsinnigen Tests 340,- € pro Jahr und Kind zur Verfügung stellt, weiß nicht wie Sprachentwicklung bei Kindern vor sich geht!
- Wer sagt er gäbe den Kommunen mehr Planungssicherheit und Gestaltungsspielraum und sich aus der Defizitfinanzierung zurückzieht, kann nicht rechnen.
- Wer den Erzieherinnen schreibt, dass sie künftig entscheiden können wie groß ihre Gruppen sind und dann Kindpauschalen einführt, der ignoriert die Wirklichkeit.
- Wer einfordert, dass das Gelingen besserer Bildung von den Beschäftigten abhängt und ihnen die Arbeitsplatzsicherheit nimmt, der schiebt uns nur den schwarzen Peter zu.
- Wer sich damit brüstet 150 Millionen Euro mehr zur Verfügung zu stellen und unterschlägt, dass in den vergangenen Jahren mindestens 160 Millionen Euro gekürzt wurden, der argumentiert unseriös.
- Wer veröffentlicht das KiBiz würde 7400 neue Vollzeitstellen schaffen und die Zwangsteilzeit durch 25 Stunden-Buchungszeiten unter den Tisch fallen lässt, der macht sich selbst etwas vor.
- Wer von dem Dialog mit den Beschäftigten spricht, aber keine echte Beteiligung der Fachkräfte zulässt ist mehr als unglaubwürdig.
- Wer Chancengerechtigkeit für die Kinder für erforderlich hält, aber die Qualität von der Finanzstärke der Eltern, der Träger und der Kommunen abhängig macht, der will dass der Zwei-Klassen-Staat erhalten bleibt.

Dieser Katalog ließe sich noch um etliche Punkte erweitern.

Ich habe für mich nach Durchsicht des Gesetzesentwurfes, der Pressemitteilungen des Ministeriums, des Briefes des Ministerpräsidenten Rüttgers und der Info-Broschüre „30 Frage – 30 Antworten festgestellt:

Entweder die Verfasser dieser Papiere sind dumm, haben keine Ahnung von frühkindlicher Bildung und den bisher bestehenden rechtlichen Regelungen oder sie halten uns für dumm!

Wir lassen uns aber nicht für dumm verkaufen, wir wissen dass mit den Buchungszeiten das Planungs- und Finanzrisiko zuerst auf die Träger verlagert wird und dann bei den Beschäftigten landet. Künftig werden immer mehr Arbeitsverträge nur noch befristet, in Teilzeit und flexibel gestaltet werden.

Wir wissen, dass die Pauschalen die Frage in den Vordergrund stellen wie teuer das Personal ist! Ältere und somit erfahrene Kolleginnen werden künftig zu teuer sein. Es wird für die Träger spannend, welchen Tarifvertrag sie anwenden oder ob sie überhaupt noch tarifgebunden sind.

Wir wissen aber auch, dass gute Tageseinrichtungen für Kinder nur mit gutem und motiviertem Personal funktionieren. Gutes und motiviertes Personal braucht aber entsprechende Arbeitsbedingungen und Entlohnung.

Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen, das KiBiz ist ein Spargesetz und vor allem ein Abschiebegesetz. Alle Verantwortung für dringend notwendige Bildungsqualität im Elementarbereich wird abgeschoben, abgeschoben auf die Kommunen, abgeschoben auf die Träger, abgeschoben auf die Beschäftigten und abgeschoben auf die Eltern. Alle sind Schuld außer der CDU/FDP Landesregierung, wenn die Bildungsergebnisse auch in Zukunft nicht besser oder gar schlechter werden.

Wir fordern:

- Landeseinheitliche Qualitätsstandards
- Aufgabengerechte Personalschlüssel
- Abschaffung der Elternbeiträge
- Finanzierung durch Steuern
- Finanzmittel für die echten Kosten
- Verbesserung der Erzieherinnenausbildung
- Gerechte Bezahlung der Beschäftigten

Weg mit dem Witz, weg mit dem KiBiz, denn ansonsten stimmt der Spruch den einige Kolleginnen auf ihr Transparent geschrieben haben: „Bildung krepirt, wo Dummheit regiert“

Weg mit den Kopfpauschalen, wir wollen keine betriebswirtschaftlich orientierten Verwahranstalten. NRW braucht gute Bildungschancen für alle Kinder und gute Arbeitsplätze für Beschäftigte in Kitas.

Norbert Müller

Stellvertretender Landesvorsitzender der GEW-NRW
(Statement soll folgen)

Jutta Endrusch

Stellvertretenden Landesvorsitzenden des VBE NRW

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

die Landesregierung nennt das geplante Kinderbildungsgesetz „das modernste Kindergartengesetz Deutschlands“. Da zeigt sie im Vergleich zum Schulgesetz große Bescheidenheit, denn das soll ja gleich die Grundlage für „eins der modernsten Bildungssysteme *Europas*“ sein.

Nun ist es ja so eine Sache mit dem Begriff „modern“. Wer der eine modern findet, ist für die andere hoffnungslos antiquiert. „Modern“ scheint im Kontext des KiBiz ein Synonym für „billig“ zu sein – billig für das Land, versteht sich dabei von selbst.

Wenn die im Jahr 2006 eingeführte und von allen Seiten heftig kritisierte Regelung, dass durch Elternbeiträge 19 Prozent der Betriebskosten decken sollen, beibehalten wird, mag das den Finanzminister freuen. Der Rückzug des Landes aus der Co-Finanzierung der Elternbeiträge ist für ihn sicher ein finanzieller Gewinn. Für die Kinder ist es aber genauso sicher ein Verlust an Förderung. Wenn die Kommunen die Elternbeiträge erhöhen – und viele werden das tun müssen – wird das genau die Kinder treffen, die ohnehin schon benachteiligt sind. Eltern mit geringem Einkommen werden ihre Kinder in den Tageseinrichtungen abmelden und ihnen damit zwangsläufig Bildungschancen nehmen müssen. Bildungschancen werden also künftig noch stärker von der sozialen Herkunft eines Kindes abhängig sein. Die soziale Schere wird noch mehr auseinander gehen. Soll das vielleicht die immer wieder propagierte Stärkung der frühkindlichen Bildung sein? Ist das modern?

Modern ist für die Landesregierung ja alles, was an Wettbewerb ausgerichtet ist. Erst sollen die Schulen in einen Wettbewerb treten, jetzt offenbar auch die Kindertageseinrichtungen. Dahinter steckt das unselige Denken, dass der Markt schon alles richten wird. Wenn es keine Vorgaben mehr für Gruppengrößen gibt, wird das zwangsläufig zu einem Verdrängungswettbewerb führen. Das bedeutet: die einen bemühen sich um pädagogische Qualität und halten die Gruppen möglichst klein. Die anderen müssen zuerst ans eigene Überleben denken und packen die Gruppen möglichst voll. Überflüssig zu sagen, wer sich in dieser Art von Wettbewerb durchsetzen wird. Wenn Pauschalen die tatsächliche Bemessung der anfallenden Kosten ersetzen, wird das dazu führen, dass sich manche Tageseinrichtungen nicht mehr halten können. Man kann das Wettbewerb nennen, aber es ist ganz bestimmt kein fairer Wettbewerb.

Auf die Kindertageseinrichtungen kommen künftig mehr Aufgaben zu. Ich nenne nur das Stichwort „Sprachförderung“. Das hat die Landesregierung ja zu ihrem Vorzeigeprojekt gemacht. Aber es läuft wie alles andere. Die Landesregierung profiliert sich damit, und die, die es ausführen müssen, können zusehen, wie sie es regeln. Unterstützung gibt es nicht.

Die Landesregierung spricht sehr viel und sehr gerne vom Elternrecht. Und was tut sie? Sie beschneidet es, wo sie nur kann. Sie hat das Elternrecht mit dem Schulgesetz beschnitten, und sie beschneidet es mit dem Kinderbildungsgesetz. Die bewährten Strukturen des Elternrates und des Rates der Tageseinrichtung sollen zerschlagen werden. Der geplante Elternbeirat ist kein Ersatz.

Alles in allem muss man festhalten: das geplante Gesetz hat mit der Verbesserung der frühkindlichen Bildung wenig bis gar nichts zu tun. Es ist ein reines Finanzierungsgesetz. Es wird nicht dem Anspruch gerecht, den Elementarbereich als den Bereich zu stärken, in dem die Grundlagen für alles weitere gelegt werden. Die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen werden sich nicht verbessern, sondern verschlechtern. Das geht zu Lasten der Kinder.

Diese Landesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, dass NRW ein Land für Kinder werden soll. An diesem Anspruch wird sie sich jetzt messen lassen müssen. Diesen Anspruch erfüllt aber das KiBiz nicht.

Sandra von Heemskerck

Erzieherin, Sprecherin der Fachgruppe der komba-Gewerkschaft NRW
(Statement soll folgen)

Gerhard Stranz

Geschäftsführer der Waldorfkindergartenvereinigung NRW, Sprecher des Aktionsbündnisses

Perspektiven

Zusammenfassung der Ergebnisse der Demonstration